

# Wir haben auf Jahre hinaus zu wenig Strom

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **22 (1947)**

Heft 12

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-101947>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

setzen. Die kantonalen Subventionen wären so zu gestalten, daß Genossenschaften mindestens 5 Prozent mehr Subvention erhalten als Private.

Die Genossenschaften werden darüber wachen, daß die Voraussetzungen für die Gewährung der Subventionen für den sozialen Wohnungsbau streng beachtet und von Zeit zu Zeit überprüft werden.

2. Eine Darlehensgewährung (das sogenannte «System Siegenthaler») wird als alleinige Basis für die Förderung des Wohnungsbaues abgelehnt; dagegen wäre eine Kombination der beiden Systeme, das heißt die Gewährung von durch den Staat verbürgten und verzinsten III. Hypotheken als Ergänzung der Subventionen, um einzelne Projekte besser fördern zu können, erwägenswert.

3. Die Wohngenossenschaften erwarten, daß der Kanton seine sozial unhaltbare derzeitige Baurechtspraxis ändert, namentlich dahin, daß den Genossenschaften nicht unnötig hohe, über das privatwirtschaftliche Maß hinausgehende Amortisationen auferlegt werden, welche die Mietzinse in die Höhe treiben, und daß beim Rückfall des Baurechts den Genossenschaften eine angemessene Entschädigung bezahlt wird. Der Staat soll die Bauten nicht ohne Entschädigung an sich bringen.

4. Die Mietzinskontrolle muß grundsätzlich beibehalten werden, was nicht ausschließt, daß bei der Position Unterhalt eine Anpassung an die gestiegenen Bau- und Unterhaltskosten erfolgt.

## Wir haben auf Jahre hinaus zu wenig Strom

«Wer Gas hat, soll dabei bleiben!»

Das ist die Mahnung, die Stadtrat Baumann, der Vorstand der Industriellen Betriebe der Stadt Zürich, ausgesprochen hat, als er den Genossenschaftlern im Zürcher Friesenbergquartier über die schwarze und weiße Kohle einen Vortrag hielt. Was er dabei sonst noch ausführte, fällt um so mehr ins Gewicht, als Stadtrat Baumann für zwei der größten Unternehmungen der Energiewirtschaft in der Schweiz, das Elektrizitätswerk und das Gaswerk der Stadt Zürich, verantwortlich ist, seine Orientierungen daher füglich die gesamtschweizerische Situation beleuchten. Ähnlich hat sich übrigens auch der Direktor des Eidgenössischen Amtes für Elektrizitätswirtschaft an einer Pressekonferenz ausgesprochen.

Bezüglich der Gesamtsituation in unserer Energieversorgung ist festzuhalten – so führte Stadtrat Baumann aus –, daß unser Heil nicht allein von der weißen Kohle, von der Elektrizität, abhängt. Niemals wären unsere Wasserkräfte imstande, den gesamten Energiebedarf unseres Landes zu decken. Dieser beläuft sich nämlich auf jährlich 40 Milliarden Kilowattstunden, während wir unter Inanspruchnahme aller ausnutzbaren Wasserkräfte nur rund 20 Milliarden Kilowattstunden herausbrächten. Für die andern 20 Milliarden Kilowattstunden brauchen wir Kohlen und flüssige Brennstoffe, wobei für den Haushalt das Kohlengas in den Vordergrund rückt.

Während des Krieges und namentlich nach dem Zusammenbruch Deutschlands, als die Kohlenzufuhren eine Zeitlang völlig abgeschnitten waren, haben wir die Bedeutung der schwarzen Diamanten für unser Land deutlich genug kennengelernt. Eine scharfe Kohlen- und Gasrationierung setzte ein. Der Verband der Gaswerke suchte unter ungeheuren Anstrengungen durch seine Bergholzaktion Ersatz zu schaffen. Und er hat ihn beschafft, was heute noch Anerkennung verdient. Freilich ist Holzgas nicht so hochwertig wie Kohlengas; aber im Kriege haben wir auch noch mit andern, nicht erst-

klassigen Ersatzstoffen Vorlieb nehmen müssen. Doch das ging und geht vorüber, und die Konsumenten werden bald wieder reines und vollwertiges Kohlengas zur Verfügung haben.

Immerhin ist in den Kohlenzufuhren der Vorkriegszustand noch nicht hergestellt. Man zwingt uns, die Kohlen aus entfernteren Ländern, zur Hauptsache aus Amerika, zu beziehen, was hohe Transportkosten verursacht. Es heißt, die Schweizer hätten Geld und können bezahlen, weswegen die billigere Ruhrkohle den notleidenden Ländern zugeführt werden müsse. Jedenfalls haben wir heute schon genügend Gas, und darum: Wer Gas hat, soll dabei bleiben! So mahnte Stadtrat Baumann wörtlich. Und diese Mahnung gilt sinngemäß auch für jene, nicht zuletzt für unsere Baugenossenschaften, die vor die Entscheidung gestellt sind, ob sie in Neubauten dem Gas oder der Elektrizität den Vorzug geben wollen. Die Mahnung geißelt aber auch den Unsinn, der darin liegt, daß einzelne Elektrizitätswerke die Installation von Elektrowärmeapparaten in Wohnbauten immer noch subventionieren, um im gleichen Moment den Gebrauch dieser Apparate stark einzuschränken oder am Ende ganz zu verbieten.

Mit unserer Elektrizitätsversorgung ist es nämlich eine bitterböse Sache. Nicht nur wegen der Trockenheit dieses Jahres, die bereits zu empfindlichen Einschränkungen im Stromverbrauch geführt hat. Das ist aber erst der Anfang. Die Stauseen sind, im ganzen gesehen, nur ungenügend gefüllt, und die Flußläufe führen ausnehmend wenig Wasser. Aller Voraussicht nach werden wir in diesem Winter mit unserer Stromversorgung «noch etwas erleben». Es mag das ein besonders krasser Ausnahmefall sein. Aber man vergesse nicht: der Strombedarf ist allgemein enorm gewachsen, während es an ausreichenden Speicherwerken für die Erzeugung von Winterenergie fehlt. Gewiß werden einzelne Werke gebaut, andere sind in Vorbereitung; aber alles das kann vorläufig den Strommangel nicht beheben. Und wenn diese Werke einmal in Betrieb kommen, so können sie

den Bedürfnissen nicht genügen, zumal sich diese fortgesetzt steigern. Bis endlich ein großes Speicherwerk Wirklichkeit wird, kann es noch lange gehen. Im Wallis plant man jetzt an einem Großkraftwerk, dessen Staumauer allein eine Bauzeit von 15 Jahren erforderte! Unsere Elektrizitätsversorgung bleibt jedenfalls noch auf Jahre hinaus prekär.

Nach diesen Darlegungen eines Sachverständigen stehen wir also vor der Tatsache eines notorischen Mangels an elektrischer Energie. Woraus erhellt, wie notwendig eine Zusammenarbeit zwischen schwarzer und weißer

Kohle, zwischen Gas und Elektrizität, ist. Die Elektrizität muß in erster Linie der Erzeugung von Kraft und Licht dienen. Hierin sind sich nicht zuletzt die Arbeiter einig, die wegen des Strommangels feiern und stempeln gehen müssen. Die Erzeugung von Wärme, speziell in Haushalt und Gewerbe, überlasse man dem Gas, soweit eine Gasversorgung vorhanden ist. Nur so kann die Energienot wenigstens gemildert werden. Und das wäre dann zugleich ein Stück Wirtschaftsplanung in die Tat umgesetzt, von der ja so viel die Rede ist und der bekanntlich auch unsere Genossenschaften huldigen. *gr.*

## AUS UNSEREN SEKTIONEN

---

### Zürich, Sektionsvorstand

*Auszug aus dem Protokoll vom 21. November 1947.*

Adresse des Präsidenten: Fritz Baldinger, Rousseaustr. 93, Zürich 37.

Über die neue Subventionspraxis wird der Finanzvorstand der Stadt Zürich nächstens referieren. Zeit und Ort werden noch bekanntgegeben werden.

Aus einer Eingabe einer Baugenossenschaft geht hervor, daß die Eidgenössische Steuerverwaltung den Dauermieterrabatt als eine vermehrte Anteilscheinvergütung wie den Anteilzins betrachtet und davon 30 Prozent Verrechnungssteuer verlangt. Wir haben diese Angelegenheit einem Rechtsberater zur Prüfung überwiesen und werden darauf zurückkommen.

Die Baugenossenschaft «Swissair», Dübendorf, hat ihren Beitritt zur Sektion erklärt.

Der Vorschlag einer Annuitätenversicherung der Providentia, Versicherungsgesellschaft in Genf, wird einer Prüfung unterzogen.

Der 19. Internationale Wohnungsbaukongreß 1948 findet in Zürich statt. An Hand zweier Zirkularschreiben des Stadtrates werden die Mitglieder noch orientiert. Der Sektionsvorstand unterstützt diese Bestrebungen und bittet die Mitglieder, diesem Kongreß ihre finanzielle Unterstützung zu gewähren. Ein diesbezügliches Rundschreiben wird demnächst versandt. Vorgängig mögen sich Genossenschaften melden, die ein Interesse bekunden, durch die Teilnehmer dieses Kongresses besucht zu werden. Ebenso wollen sich Genossenschaften melden, die Filmstreifen über das Leben in ihrer Genossenschaft besitzen,

auch sprachkundige und stenographiebegabte Junggenossenschaftler wollen sich melden. Neben nützlicher Arbeit bietet sich hier Gelegenheit, neue Bindungen mit ausländischen Genossenschaftlern zu knüpfen. Für eine geplante Seefahrt werden noch einige Handörgeler und Jodler gesucht. Meldungen sind an Heinrich Bucher, Sternenstraße 11, Zürich 2, zu richten.

Um Bodenspekulationen unter den gemeinnützigen Baugenossenschaften in der Stadt Zürich möglichst zu verhüten, beabsichtigt der Sektionsvorstand in Verbindung mit dem Finanzamt, der nächsten Generalversammlung eine Vorlage zu unterbreiten. Die nächste Vorstandssitzung wird sich mit diesem Geschäft nochmals befassen.

Jahresbericht und Rechnung sollen so gefördert werden, daß es möglich sein dürfte, die Generalversammlung der Sektion am 21. oder 28. Februar 1948 einzuberufen.

Eine Besprechung mit den Spitzen der Gewerkschaften und den Sozialen Baubetrieben ist in gegenseitigem Einvernehmen verlaufen. Weitere Besprechungen sollen zur Stärkung des gegenseitigen Verhältnisses und der gemeinsamen Zusammenarbeit einberufen werden.

Eine Anfrage eines Vorstandsmitgliedes zeigt, daß sich auf dem Kapitalmarkt für den Wohnungsbau Stockungen bemerkbar machen, zumal die noch vor kurzem im Übermaß vorhandenen flüssigen Mittel in Wareninvestitionen abwandern. Der Vorstand wird auch dieser Sache seine Aufmerksamkeit schenken.

Nächste Sitzung am 20. Dezember 1947, 16 Uhr.

Zürich, den 26. November 1947.

*Sg.*

## VON DEN MIETERN — FÜR DIE MIETER

---

### Zur Eröffnung des Winterprogramms

Die rege Kolonie Oerlikon der ABZ war gut beraten, als sie zur Eröffnung des Winterprogramms die Filmvorführung über die

*Straßburger Fahrt des Limmatklubs Zürich*

auf das Programm setzte. Im voraus muß aber auch das prächtig eingespielte Kolonieorchester erwähnt werden, das zum Erfolg und großen Besuch der Veranstaltung wesentlich beitrug.

Nach der Begrüßung von Referent und Genossenschaftlern durch den Koloniepräsidenten bot der Operateur, Herr A. Griot, eine konzentrierte Darstellung über Zweck und Sinn dieser Straßburger Fahrten, die vor allem dazu ausgeführt werden, um die Jahrhunderte gepflegte Freundschaft zwischen den Städten Straßburg und Zürich zu fördern. Aber auch charitativ galt es, durch eine Kleideraktion und Schokoladen-